

Viele Jugendliche sind skeptisch

Die Juso will das Stimmrecht für 16-Jährige und Ausländer, stösst bei der Zielgruppe aber nicht nur auf Begeisterung

Von Dina Sambar

Liestal. Im Baselbiet sollen 16-Jährige und niedergelassene Ausländer wählen können. So will es zumindest die Juso Baselland. «Oftmals werden Abstimmungen durch Mehrheiten entschieden, die im Volk gar keine tatsächliche Mehrheit haben», sagt Co-Präsidentin Samira Marti. Nur so könne sich die Juso die schockierenden rassistischen und konservativen Abstimmungsresultate der letzten Zeit erklären.

Die Jungpartei bezieht sich dabei auf ein Rating der Universität Zürich, laut welchem in der Schweiz überdurchschnittlich viele reiche, alte und männliche Stimmberechtigte an die Urne gehen. «Junge Menschen sind extrem untervertreten», sagt Marti. Sie ist überzeugt, dass viele Jugendliche abstimmen würden, wenn ihnen das Politsystem in der Schule schmackhaft gemacht würde. Mit dem Stimmalter 16 könne der Staatskundeunterricht in der Sekundarstufe I alle Schüler unmittelbar auf ihr Stimmrecht vorbereiten: «Die Jugendlichen könnten Theorie und Modelle der Demokratie direkt an der Urne anwenden», sagt Marti.

Zudem hoffe die Juso, dass der Regierungsrat die Postulate für ein Schulfach Politik positiv beantworte.

Beim Ausländerstimmrecht gehe es im Prinzip um dasselbe. Auch der ausländische Teil der Bevölkerung werde ausgeschlossen, sagt Marti: «Sie leben hier, zahlen Steuern und tragen ihren Teil zur Gesellschaft bei. Weshalb sollten sie kein Recht haben, bei Entscheidungen mitzusprechen, die auch sie betreffen?»

Viele Jugendliche wollen nicht

Eine kleine, nicht repräsentative Umfrage unter Gymnasiasten und Lehrlingen zeigt, dass sich die Zielgruppe selbst nicht einig ist, ob sie überhaupt schon an die Urne will. Die meisten Befragten sind sogar dezidiert gegen eine Senkung des Stimmrechtsalters: «Mit 16 ist man noch zu jung. Man lässt sich noch zu stark von Eltern und Kollegen beeinflussen», sagt der 17-jährige Logistiklehrling Pascal. Viel lieber solle man das Alter für den Führerschein auf 16 senken, meint er lachend. Sein gleichaltriger Kollege Leotril stimmt ihm zu.

Ähnlich klingt es bei den 18- und 17-jährigen Gymnasiastinnen Yasmin und Selina. «Im Alter von 16 Jahren ist man noch mitten in der Selbstfindung. Ich denke auch, dass man die Wahlpropaganda weniger hinterfragt», sagt Yasmin. Wer wolle, könne sich ja schon vor 18 bei einer Jungpartei engagieren und so etwas bewirken. Bei Selina spielt

noch ein weiterer Grund eine Rolle: «Ich interessiere mich einfach noch nicht dafür.» Einigen weiteren Jugendlichen ist es mehr oder weniger egal, ob sie abstimmen können oder nicht. Von allen Befragten ist nur die 17-jährige Naomi, die eine Lehre als Detailhandelsfachfrau absolviert, klar für ein früheres Stimmrecht: «Ich kann doch auch mit 16 Jahren eine klare Meinung haben. Ich hatte zum Beispiel meine eigenen Gründe, weshalb ich gegen eine Kantonsfusion war.»

Assan Asani, der mit Pascal und Leotril die Gewerbeschule in Liestal besucht, vermutet hingegen, dass die Jungen das Stimmrecht nicht ernst genug nehmen würden. Er ist zwar schon 22-jährig, kann aber, weil er Albaner ist, ebenfalls nicht abstimmen: «Das Ausländerstimmrecht fände ich gut. Beim Burkaverbot hätte ich zum Beispiel sehr gerne abgestimmt.» Ganz anders sieht das der eingebürgerte Türke Ülkü Arif: «Ausländer haben kein Recht darauf, abzustimmen. Wer abstimmen will, soll sich einbürgern lassen», findet der 38-Jährige. Wer dies nicht mache, interessiere sich sowieso nicht dafür, was hier laufe, und wolle nur profitieren.

Samira Marti ist sich bewusst, dass die Juso mit ihren Initiativen nicht überall auf Gegenliebe stossen wird:



«Wer abstimmen will, soll sich einbürgern lassen.» Die Lehrlinge Leotril (l.), Assan (2.v.l.) und Pascal (r.) sind gegen die Senkung des Stimmrechtsalters. Foto St. Leimer

«Wir lancieren die Initiativen nicht, weil wir denken, dass sie jetzt schon mehrheitsfähig sind, sondern, weil das Thema wichtig ist. Ich freue mich auf die kontroversen Diskussionen.» Rückenwind gibt es aus Bern. Das Thema wird auch national diskutiert.

Bundespräsident Didier Burkhalter hat sich im Frühling persönlich für die Senkung ausgesprochen. Aufgrund eines Postulats des Walliser SP-Nationalrats Mathias Reynard will der Bundesrat prüfen, ob es sinnvoll wäre, das Stimmrechtsalter zu senken.

Nachrichten

Regierung zeigt Initiativen kalte Schulter

Liestal. Die Baselbieter Regierung lehnt sowohl die Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» als auch die Verfassungsinitiative «Für vernünftige staatliche Personalpolitik» ab. Das Begehren zur Personalpolitik des Kantons will die Entwicklung der Löhne auf die Teuerung binden und soll dem Landrat die Zuständigkeit für das Besoldungswesen entziehen. Die Regierung argumentiert, dass die Bestimmungen über die Personalpolitik auf Anfang 2013 geändert wurden, ein effizienter und flexibler Personaleinsatz sei damit bereits sichergestellt. Die Ablehnung der Initiative «effizienter Staatsapparat», die Kündigungen erleichtern soll, begründet der Regierungsrat mit der Bindung an Verfassungsprinzipien und Obligationenrecht sowie mit bereits beschlossenen Vorlagen.

Keine Steuern vom Flughafen fürs Baselbiet

Liestal. Unabhängig davon, wie der Streit zwischen Frankreich und der Schweiz um die Steuerhoheit auf dem EuroAirport (EAP) ausgehen mag – das Baselbiet kassiert vom EuroAirport keine Unternehmenssteuern. Dies erklärt die Baselbieter Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation von Siro Imber. Dafür brauche Baselland bei einem Defizit des EAP aber auch keinen Deckungsbeitrag zu leisten.

Fussgänger bei Unfall schwer verletzt

Bottmingen. Ein Unfall mit einem Schwerverletzten ereignete sich gestern Nachmittag in der Baslerstrasse in Binningen. Wie die Polizei mitteilt, übersah ein 76-jähriger Autofahrer einen 77-jährigen Fussgänger, der die Strasse von der linken Seite her überqueren wollte. Der Fussgänger wurde vom Auto erfasst und weggeschleudert. Die Sanität brachte den Verletzten ins Spital.

Harte Vorwürfe der Unia an Giesserei Erzenberg

Liestal. Die Gewerkschaft Unia fährt grobes Geschütz gegen die Giesserei Erzenberg auf. Den 49 Entlassenen sei nicht die Möglichkeit gegeben worden, Lösungen zur Rettung der Jobs vorzubringen, schreibt die Unia, zudem habe eine Giesserei aus dem Kanton Solothurn Interesse an Entlassenen bekundet, die Giesserei Erzenberg habe diese Information aber nicht an die Belegschaft weitergeleitet.

Das Wohn-Schiff nimmt Form an

Innerhalb von zwei Jahren entstehen im Transitlager über 100 neue Wohnungen



Multifunktionaler Bau. Im Transitlager soll gewohnt, gearbeitet und gespeist werden können. Visualisierung

Von Joël Gernet

Münchenstein. Mit seinem spitz zulauenden Aufbau erinnert das geplante Transitlager am südöstlichen Zipfel des Dreispitz-Areals an ein stattliches Kreuzfahrtschiff. 155 Meter lang, 30 Meter breit und 25 Meter hoch wird das ehemalige Lagerhaus nach dem Umbau sein – das entspricht einer Verdoppelung seiner ursprünglichen Grösse.

«Wir haben die markante Erweiterung Blitzbau getauft», erklärte Jakob Henke, Projektverantwortlicher des dänischen Architekturbüros BIG, beim festlichen Baubeginn von gestern Mittwoch. Wer den künftigen Grundriss betrachtet, erkennt den Blitz im Dreispitz sofort: Die Zickzackform des dreistöckigen Aufbaus verleiht dem Bau nicht nur unverkennbare Konturen – sie lässt auch das Tageslicht von vier statt zwei Seiten einfallen. Ein heller Blitz wird das.

Ein «Penthouse» fürs Volk

Anders als bei den beiden benachbarten 42-Meter-Türmen – Herzog & de Meurons «Helsinki Dreispitz» und das kürzlich eröffnete Hochhaus der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) – handelt es sich beim Transitlager nicht um einen Neu-, sondern um

einen Umbau. Ein Grundstein muss also keiner mehr gelegt werden – also beibrachten die Verantwortlichen den Baubeginn symbolisch mit der Enthüllung eines Kunstwerks: eine bedruckte Stahlplatte des in Basel lebenden Künstlers Carlos Varela (nein, nicht das ehemalige FCB-Raubbein).

So farbenfroh wie das Kunstwerk «Transition» – nach der zweijährigen Bauzeit wird es das neue Transitlager zieren – soll sich ab 2016 auch der multifunktionale «Innovationsraum» präsentieren: Über dem Schiffsdeck entsteht auf den Etagen drei bis sechs eine Art «Penthouse fürs Volk», wie es BIG-Chefarchitekt Bjarke Ingels nennt. Dort wird ausschliesslich gewohnt.

Für die unteren vier Stockwerke ist eine Mischnutzung aus Gastronomie, Gewerbe und Ateliers geplant. Insgesamt entstehen in dem Gebäude 103 Mietwohnungen und Lofts unterschiedlicher Grösse. Vielversprechend präsentiert sich auf den neuen Projekt-Visualisierungen die begrünte Dachterrasse mit dem hölzernen Oberdeck. Das Ensemble scheint sich über die volle Länge des Aufbaus zu erstrecken, mit Blick über die Brüglinger Ebene, die neue 11er-Tramhaltestelle und den Freilagerplatz im Herz dieses neuen Stadtteils. Politisch hat Münchenstein

2009 mit dem Quartierplan «Kunstfreilager» den Weg geebnet für den Wandel zum Wohnquartier.

Nachbarn schon eingezogen

Bauherrin des 57-Millionen-Projekts ist der UBS-Immobilienfonds «Sima». Dieser hat das Gebäude 2013 im Bau-recht von der Christoph Merian Stiftung erworben. Daniel Brüllmann, Verantwortlicher für die Schweizer UBS-Immobilienanlageprodukte, sprach beim gestrigen Baustart von «nachhaltiger Verdichtung», von Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft. «Stadtraum ist begehrt und teuer», betonte Brüllmann – eine Aussage, die nach dem Nein in Basel-Stadt zu den Stadtrandentwicklungen Süd und Ost zusätzlich Gewicht erhält.

Früher war der Dreispitz Landwirtschaftsfläche, später Materiallagerplatz, wie Münchensteins Gemeindepräsident Giorgio Lüthi hervorhob. Jetzt wird der Dreispitz also auch zum Wohnquartier. Und das nicht erst mit der Fertigstellung des Transitlagers im September 2016, sondern ab sofort: Anfang Oktober haben die ersten Bewohner im benachbarten Helsinki-Haus ihre frisch vollendeten Wohnungen bezogen. Damit sind sie die allerersten Bewohner dieses multifunktionalen Quartiers.

Erste Adresse für Flüchtlinge

25 Jahre Anlaufstelle Baselland

Von Oliver Sterchi

Pratteln. So ganz in Feststimmung verfallen mag Johan Göttl, Leiter der Anlaufstelle Baselland für Asylsuchende, nicht. Zwar gebe das 25-jährige Bestehen der Stelle Anlass zum Feiern, aber angesichts der vielen Menschen, die aus ihren Heimatländern flüchten und Asyl suchen müssen, stimme das Jubiläum auch nachdenklich. «Unsere Arbeit ist daher nötiger denn je.»

Die Anlaufstelle in Pratteln, die Ende der Achtzigerjahre aus dem Asylkomitee Baselland hervorging, feierte gestern im Pfarreiheim Bruder Klaus in Liestal ihr Jubiläumsfest. Der Verein kümmert sich um die Anliegen von Asylsuchenden im Baselbiet und berät sie in Fragen des Asyl- und Ausländerrechts. «Die Asylsuchenden können meistens kein Deutsch und sind mit der Komplexität der Asylverfahren überfordert, wir helfen ihnen, sich in diesem Verfahrensdschungel zurechtzufinden», sagt Göttl.

Die Zielgruppe habe sich im Verlauf der Jahre stets geändert: Waren es in den Neunzigerjahren noch vornehmlich Familien und Menschen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, die in der Schweiz um Asyl baten, so sind es heute vor allem Flüchtlinge aus dem Krisenherd im Nahen Osten. Dieser Umstand zwingt Göttl und seine Mitarbeiter, sich stets auf neue Kulturen und Sprachen einzustellen. Heute bietet die Anlaufstelle ihre Beratungen in mehreren Sprachen an und zieht bei Bedarf auch einen Dolmetscher bei.

Zur Entstehungsgeschichte des Vereins erzählt Göttl: «Das Asylkomitee Baselland war ein Freiwilligenverein, der angesichts zunehmender Asylgesuche in den Achtzigerjahren überfordert war. Daher kam die Idee einer professionellen Stelle auf.» Die Anlaufstelle Baselland führt seither mehrere Tausend Beratungsgespräche im Jahr durch.

Neben der Anlaufstelle kümmert sich auch der Ausländerdienst Baselland (ALD) um die Anliegen von Migranten. Göttl betont, dass die Zielgruppen der Institutionen unterschiedlich seien: Der ALD berät primär Ausländer mit fester Aufenthaltsbewilligung, die Anlaufstelle hingegen unterstützt Asylsuchende, deren Aufenthaltsstatus ungewiss ist, sowie anerkannte Flüchtlinge.

Für die Zukunft wünscht sich Göttl neben einer gesicherten Finanzierung der Anlaufstelle auch mehr Integrationsmöglichkeiten für die Asylsuchenden in der Region. Die Leute seien nämlich motiviert, aber es fehlten die entsprechenden Angebote.